

Dilma startet die Aufarbeitung

Mit gleich zwei neuen Gesetzen will Staatschefin Dilma Rousseff die dunkle Vergangenheit Brasiliens angehen. So soll eine Wahrheitskommission die Menschenrechtsvergehen der Jahre 1964 bis 1988 aufarbeiten. Gleichzeitig soll das „Gesetz über Zugang zu Informationen“ Dokumente aus Exekutive, Legislative und Judikative für die Bürger offen legen. Dabei könnten auch bisher verschlossene Archive aus der Diktaturzeit (1964 bis 1985) endlich geöffnet werden.

TEXT: THOMAS MILZ

„Ich persönlich halte die Wahrheitskommission für einen Sieg der Gesellschaft“, meint Maurice Politi, Direktor der Organisation „Núcleo de Preservação de Memória Política“ „Trotz aller Bedenken darüber, wie sie zustande gekommen ist und wie so es so lange gedauert hat. Schließlich wusste vor vier oder fünf Jahren in Brasilien niemand, was eine Wahrheitskommission überhaupt ist“, so Politi, der zwischen 1970 und 1974 als Aktivist der Opposition in Haft saß und dabei gefoltert wurde.

„Brasilien hat bereits verschiedene Etappen auf dem Weg zur Konsolidierung seines demokratischen Lebens hinter sich gebracht“, kommentierte die Menschenrechtssekretärin der Regierung, Maria do Rosario, die Erlasse. „Ich glaube, dass mit diesen zwei Gesetzen Brasilien den Übergang zur Demokratie vollzogen hat.“ Ursprünglich war geplant, nur die Diktaturzeit von der Wahrheitskommission aufarbeiten zu lassen.

Doch dagegen hatten sich die Militärs gewehrt, die eine Generalabrechnung der Gesellschaft mit den Streitkräften fürchteten.

Mit der Einbeziehung der demokratisch geprägten Vordiktaturzeit ab 1946 und der Übergangsjahre bis zum Inkrafttreten der aktuellen Verfassung im Jahre 1988 hat die Regierung die Untersuchung nun zumindest formal ausgeweitet. Es gehe ihr dabei nicht um eine nachträgliche Bestrafung der Täter, sondern lediglich um eine historische Aufarbeitung, so Rousseff, die unter der Militärjunta selbst gefoltert worden war. Eine Bestrafung wäre aufgrund des 1979 erlassenen Amnestiegesetzes auch gar nicht möglich, das sämtliche Menschenrechtsvergehen straf-frei stellt.

Sehr zum Bedauern von Opferangehörigen und Menschenrechtsgruppen. Diese fordern schon lange eine Aufhebung der Amnestie und eine

Bestrafung der Täter. Im April 2010 bestätigte allerdings Brasiliens Oberstes Gericht die Rechtmäßigkeit des Amnestiegesetzes. Damit war wohl der Weg für die Kommission frei. „Die Militärs stimmten der Schaffung der Wahrheitskommission nur deshalb zu, weil sie die Entscheidung des Obersten Gerichtes haben, das bestätigt, dass das Amnestiegesetz auch die Verbrechen der Militärs abdeckt“, meint Maurice Politi. „Und sie stimmen nur zu, weil einer der Absätze des Gesetzes über die Wahrheitskommission sagt, dass diese keinen strafverfolgenden Charakter hat.“

Opferfamilien und Menschenrechtsgruppen haben jedoch bereits angekündigt, trotzdem eine Bestrafung der Täter vor Gericht einzufordern. „Ob ich die Folterer heute, 40 Jahre später, im Gefängnis sehen will? Die meisten sind ja bereits 70 oder 80 Jahre alt“, gibt Maurice Politi zu Bedenken. „Ich wäre zufrieden,

Das neue Informationsgesetz

Das „Gesetz über Zugang zu Informationen“ soll Dokumente der drei staatlichen Gewalten für die Bürger einsehbar und den Politikbetrieb damit transparenter machen. Regierungorgane auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene haben sechs Monate Zeit, Informationen über ihre Arbeit sowie Verträge, Ausschreibungen oder Mitteltransfers online zu stellen.

In den nächsten Monaten sollen Beamte zudem die Dokumente nach ihrem Geheimhaltungsgrad einstufen. Das neue Gesetz limitiert dabei die Sperrfristen für streng geheime Dokumente auf zweimal 25, also auf maximal 50 Jahre. Weniger geheime Schriftsätze werden bereits nach fünf Jahren veröffentlicht, geheime nach 15. Bisher gab es keine Obergrenzen für die Verlängerung der Sperrfristen, was in der Praxis zu einer ewigen Geheimhaltung führte. Allerdings befürchten Experten, dass nicht genug Personal zur Verfügung steht,

um sowohl die Einstufung der Papiere wie auch deren Veröffentlichung durchzuführen.

In Brasilien sind bereits recht viele Archive aus der Diktaturzeit öffentlich zugänglich. Die des SNI-Geheimdienstes sowie die Dokumente der jeweiligen DSI-Abteilungen (Divisão de Segurança e Informações) der einzelnen Ministerien liegen im Arquivo Nacional. Auch Archive der Luftwaffe sind dort gelagert, allerdings noch nicht öffentlich zugänglich gemacht. Das Heer und die Marine gaben an, über keinerlei Archive aus der Zeit der Diktatur zu verfügen.

Menschenrechtsorganisationen zweifeln dies jedoch an. Sie vermuten, dass bereits Teile der Militärarchive zerstört wurden. Vor einigen Jahren wurden so Reste eines verbrannten Archivs am Flughafen von Salvador entdeckt.



Maurice Politi - Direktor der Organisation "Núcleo de Preservação de Memória Política", São Paulo

wenn die Regierung nach dem Abschlussbericht der Wahrheitskommission dekretieren würde, dass jene Leute Kriminelle waren, weil sie gefoltert und getötet haben. Man muss sie zur Rechenschaft ziehen, indem man ihre Namen ans Licht bringt. Aber sie im Gefängnis verrotten lassen, so wie sie es mit uns gemacht haben? Nein.“

Nach Einschätzung der Wissenschaftlerin Glenda Mezarobba, die an der Einrichtung der Wahrheitskommission beteiligt war, erfüllt diese eine wichtige Funktion. „Der brasilianische Staat hat, wie jeder Staat, der eine Übergangsphase aus einer autoritären Phase erlebt, die Verpflichtung, sich diesem Erbe massenhafter Verstöße gegen die Menschenrechte zu stellen“, betont sie. Die Opfer hätten durch die Kommission nun endlich die Chance, über ihre Erlebnisse zu berichten.

Etwa 20.000 Menschen sollen während der Diktatur gefoltert worden sein. Etwa 480 wurden getötet oder verschleppt. Angehörige von Opfern erhoffen sich von der nun bevorstehenden Öffnung der Archive Aufklärung über das Schicksal der Verschollenen. Ergiebiger als die offiziellen Archive seien wohl die privaten Sammlungen einiger Militärs, vermutet Maurice Politi. Die

Wahrheitskommission habe dabei die Macht, die Herausgabe dieser Archive zu fordern. Doch vieles hänge jedoch davon ab, wer die Kommission leiten werde.

Noch ist nicht bekannt, wer die sieben Mitglieder der Kommission sein werden. Angeblich hat Präsidentin Rousseff bereits eine fertige Liste in der Schublade. Besonders von der Person des Kommissionspräsidenten hänge es ab, ob die Aufarbeitung gelingen kann, meint Politi. Er selber verfolgt derzeit ein ähnlich ehrgeiziges Ziel. So will er die Menschen für seine Idee von Wahrheitskommissionen auf Landesebene gewinnen, um damit die „große nationale Kommission“ mit Material zu füttern.

Präsidentin Rousseff will die Mitglieder der Kommission Anfang 2012 ernennen. Ein vorläufiger Abschlussbericht wird für Ende 2014 erwartet, also kurz vor Ablauf von Rousseffs Amtszeit. Ob die Zeit für eine sorgfältige Aufarbeitung ausreichen wird? Maurice Politi kann sich vorstellen, dass die Wahrheitskommission zu einer ständigen Einrichtung werden könne, die ohne einen festgelegten Zeitrahmen tagt. „Viele haben sich beschwert, dass die Wahrheitskommission so spät kommt. Aber jetzt ist sie da“, resümiert Politi. „Und besser spät als nie!“ ■



Connecting cultures
Übersetzungen 24
Tradução Juramentada 24



Dr. Fernando Amado
Vereidigter Übersetzer
Tradutor Juramentado



TRADUÇÃO JURAMENTADA 24
Escritórios de tradução em Frankfurt am Main e no Rio de Janeiro. Dupla Juramentação: válida no Brasil e na Alemanha. Trabalho rápido: Textos de até 10 páginas A4 ficam prontos em 24 horas.
ÜBERSETZUNGEN 24
Übersetzungsbüros in Frankfurt am Main und Rio de Janeiro. Doppelt vereidigt: Ermächtigt für Brasilien und Deutschland. Schnelle Lieferung: Unterlagen bis zu 10 A4-Seiten innerhalb von 24 Stunden.

Dr. Fernando Amado
Große Seestraße 51
60486 Frankfurt am Main
Mob.: + 49 (0) 174 75 11 003
uebersetzungen24.org
traducaojuramentada24.com.br